

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung (17. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Helge Braun, Katherina Reiche,
Thomas Rachel, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU
– Drucksache 15/3807 –**

7. EU-Forschungsrahmenprogramm wirksam ausgestalten

A. Problem

Die Europäische Union legt zur Steigerung ihrer Forschungsaktivitäten, zur Stärkung der wissenschaftlichen und technologischen Grundlagen ihrer Industrie und zur Verbesserung ihrer weltweiten Wettbewerbsfähigkeit Forschungsrahmenprogramme auf. Das 6. EU-Forschungsrahmenprogramm endet im Jahr 2006; die Planungen und Vorbereitungen für das 2007 beginnende 7. EU-Forschungsrahmenprogramm haben bereits begonnen.

Nach Auffassung der Antragsteller haben eine nicht ausreichende finanzielle Ausstattung, die nicht rechtzeitigen und verständlichen Informationen über Neuerungen und ein kompliziertes Antragsverfahren die Wirksamkeit des 6. EU-Forschungsrahmenprogramms geschwächt.

Trends zu immer größeren, aber dadurch nicht zwangsläufig leistungsfähigeren Forschungskonsortien werden kritisiert.

B. Lösung

Die Bundesregierung wird aufgefordert, sich auf der Grundlage der Erfahrungen mit dem 6. EU-Forschungsrahmenprogramm im Rahmen der Konzeption des 7. EU-Forschungsrahmenprogramms u. a. für eine starke Aufstockung der Finanzmittel, eine Verbesserung der Information, Vereinfachung des Antragsverfahrens, Konzentration auf zukunftsorientierte Forschungsthemen, Förderung der Grundlagenforschung und der Forschung kleiner und mittlerer Unternehmen einzusetzen.

Die neuen Modalitäten und Verfahrensregeln des 7. EU-Forschungsrahmenprogramms sind frühzeitig festzulegen und zu veröffentlichen, damit sich Wirtschaft und Wissenschaft rechtzeitig darauf einstellen können und keine Lücken in der Forschungsförderung entstehen.

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP

C. Alternativen

Annahme des Antrags auf Drucksache 15/3807.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag – Drucksache 15/3807 – abzulehnen.

Berlin, den 20. Januar 2005

Der Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung

Ulrike Flach
Vorsitzende und
Berichterstatterin

Andrea Wicklein
Berichterstatterin

Helge Braun
Berichterstatter

Hans-Josef Fell
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Andrea Wicklein, Helge Braun, Hans-Josef Fell und Ulrike Flach

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf Drucksache 15/3807 in seiner 132. Sitzung am 21. Oktober 2004 beraten und an den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung zur federführenden Beratung und an den Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit, den Verteidigungsausschuss, den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union und den Haushaltsausschuss zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlagen

Die Fraktion der CDU/CSU stellt fest, dass Forschung und Innovationen die Grundvoraussetzungen für Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft und Wissenschaft sind. Der Europäische Rat hat im März 2000 in Lissabon und im März 2002 in Barcelona das Ziel avisiert, Europa zum weltweit leistungsfähigsten Forschungsraum zu machen und bis zum Jahr 2010 die europäischen Forschungsaufwendungen auf 3 Prozent des Bruttoinlandsproduktes zu steigern. Um diese Ziele erreichen zu können, sind aus der Sicht der Antragsteller eine Steigerung der öffentlichen Geldmittel und eine inhaltliche Weiterentwicklung der Forschungsförderung notwendig.

Die Europäische Union legt zur Steigerung ihrer Forschungsaktivitäten, zur Stärkung der wissenschaftlichen und technologischen Grundlagen ihrer Industrie und damit zur Verbesserung ihrer weltweiten Wettbewerbsfähigkeit Forschungsrahmenprogramme auf. Das 6. EU-Forschungsrahmenprogramm endet im Jahr 2006; die Planungen und Vorbereitungen für das 2007 beginnende 7. EU-Forschungsrahmenprogramm haben bereits begonnen.

Nach Auffassung der Fraktion der CDU/CSU habe eine nicht ausreichende finanzielle Ausstattung des 6. EU-Forschungsrahmenprogramms dazu geführt, dass bisher nur 50 Prozent der als qualitativ hervorragend eingestuften Projekte finanziert werden konnten. Auch im Hinblick auf die Innovationsförderung sei die Mittelausstattung mit einem Anteil von 2,5 Prozent am Gesamtbudget zu gering. Zudem hätten die nicht rechtzeitigen und teilweise schwerverständlichen Informationen über Neuerungen und ein kompliziertes Antragsverfahren die Wirksamkeit des 6. Forschungsrahmenprogramms geschwächt.

Trends zu immer größeren aber dadurch nicht zwangsläufig leistungsfähigeren Forschungskonsortien, geringe Chancen der Förderung kleiner und mittlerer Betriebe und eine zu starke Fokussierung auf die anwendungsorientierte Forschung werden kritisiert.

Die Bundesregierung wird daher aufgefordert, sich auf der Grundlage der Erfahrungen mit dem 6. EU-Forschungsrahmenprogramm bei der EU-Kommission für die aus deutscher Sicht notwendigen neuen Modalitäten und Förderregelungen bei der Neugestaltung des 7. EU-Forschungsrahmenprogramms einzusetzen. Die Fraktion der CDU/CSU fordert eine starke Aufstockung der Finanzmit-

tel, eine Verbesserung der Information, Vereinfachung des Antragsverfahrens, Konzentration auf zukunftsorientierte Forschungsthemen, die Förderung der Forschung kleiner und mittlerer Unternehmen und der Grundlagenforschung u. a. durch die Einrichtung eines unabhängigen European Research Councils.

Die neuen Modalitäten und Verfahrensregeln des 7. EU-Forschungsrahmenprogramms seien frühzeitig festzulegen und zu veröffentlichen, damit sich Wirtschaft und Wissenschaft rechtzeitig darauf einstellen könnten und keine Lücken in der Forschungsförderung entstünden.

Die Bundesregierung wird außerdem aufgefordert, sich vor Aufnahme der Verhandlungen zum 7. EU-Forschungsrahmenprogramm mit den Forschungseinrichtungen und Unternehmen in Deutschland über Ziele und Positionen abzustimmen.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit**, der **Verteidigungsausschuss** und der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** haben jeweils mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU und bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Haushaltsausschuss** hat mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP empfohlen, den Antrag abzulehnen.

IV. Beratungsverlauf und -ergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat in seiner 46. Sitzung am 27. Oktober 2004 ein Gespräch mit Richard Escritt, Direktor der Direktion A „Koordinierung der Gemeinschaftsmaßnahmen“ in der Generaldirektion Forschung der Europäischen Kommission über das 6. EU-Forschungsrahmenprogramm und Planungen zum 7. EU-Forschungsrahmenprogramm geführt.

Der Ausschuss hat in derselben Sitzung die Vorlage abschließend beraten und empfiehlt:

Ablehnung des Antrags – Drucksache 15/3807 – mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU, bei Enthaltung der Stimmen der Fraktion der FDP.

Von Seiten der **Fraktion der SPD** wird hervorgehoben, dass die von Direktor Richard Escritt dargelegten Zahlen für sich sprächen.

Auch die Diskussion im Plenum und die Ratsdokumente zur Europäischen Forschungspolitik zeigten, dass der richtige Weg eingeschlagen und mit dem 6. EU-Forschungsrahmen-

programm zwar qualitative Verbesserungen in der europäischen Forschungsförderung erreicht wurden, aber nach wie vor Verbesserungen und Korrekturen erforderlich seien. Wenn vor dem Hintergrund der EU-Erweiterung im 7. EU-Forschungsrahmenprogramm eine Verdoppelung des Budgets auf ca. 40 Mrd. Euro vorgesehen sei, werde die große Herausforderung deutlich, diese Mittel zielgenau und effizient zu verwenden.

In einem Gespräch mit Vertretern des EU-Rechnungshofes sei die Befürchtung geäußert worden, dass mit dem European Research Council eine Parallelstruktur in Form einer 6. Generaldirektion eingerichtet werde, und es wird daher gefragt, ob Direktor Richard Escritt diese Befürchtung teile.

Die Entbürokratisierung sei nach wie vor ein sehr wichtiges Thema; zu Recht würden die lange Verfahrensdauer für Bewilligungsverfahren von bis zu einem Jahr sowie die komplizierten Abrechnungsmodi kritisiert.

Es wird die Frage gestellt, ob im 7. EU-Forschungsrahmenprogramm Strategien und Ziele verankert werden könnten, um die wichtige Strategie „weg vom Öl“ noch stärker voranzubringen.

Von Seiten der **Fraktion der CDU/CSU** wird gefordert, dass das 6. EU-Forschungsrahmenprogramm schnell weiter entwickelt werden müsse, damit zwischen dem 6. und 7. Forschungsrahmenprogramm keine Lücke entstehe und für die Forscher die notwendige Kontinuität gewährleistet sei.

Der Verdopplung der Mittel wird zugestimmt, es wird aber gefragt, wie bei dieser enormen Steigerung die Finanzierung des Programms gesichert werden könne.

Die Antragsteller erwarten, dass das Antragsverfahren im 7. EU-Forschungsrahmenprogramm deutlich vereinfacht werde, und fragen, ob es dazu bereits konkrete Ansätze und Überlegungen gebe und ob die Kommission erwäge, bisherige Erfahrungen von Antragstellern auszuwerten.

Ferner interessiere, welche neuen inhaltlichen Prioritäten gesetzt werden sollen und welche thematischen Schwerpunkte andere Staaten gerne gesetzt sähen. In Deutschland werde die Stammzellforschung intensiv diskutiert. Man sehe aber die Schwierigkeit, dass es in Deutschland eine andere Rechtslage als in anderen Mitgliedstaaten gebe und möchte wissen, ob das bisherige Moratorium fortgesetzt werde oder ob das Setzen anderer thematischer Prioritäten dazu beitragen könnten, das Problem aus deutscher Sicht zu lösen.

Wichtig sei aus Sicht der Fraktion der CDU/CSU auch, dass der European Research Council im Interesse der Grundlagenforschung bald eingerichtet und parallel zum 7. EU-Forschungsrahmenprogramm seine Arbeit aufnehmen werde.

Von Seiten der **Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN** werden Verbesserungen des 7. EU-Forschungsrahmenprogramms im Hinblick auf einen leichteren und besseren Zugang zu Forschungsmitteln für alle Beteiligten und die Ausrichtung der Forschung auf Fragen von gesamtgesellschaftlichem Interesse empfohlen.

Aufgrund der Struktur des 6. EU-Forschungsrahmenprogramms hätten vor allem kleine und mittlere Unternehmen (KMU) nur einen schweren Zugang zu Forschungsmitteln.

Die Fraktion **BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN** schlägt vor, auf nationaler Ebene Gruppierungen zu bilden, die KMU, kleine Universitäten und Forschungseinrichtungen dabei unterstützen, einen leichteren Zugang zu den EU-Forschungsmitteln zu erhalten. Dazu wäre die Unterstützung durch die Kommission und die EU notwendig.

Was die thematischen Schwerpunkte angehe, gebe es einige wichtige gesellschaftliche Fragen, die einer schnellen Problemlösung bedürften. Die Energieversorgungssicherheit der Europäischen Union sei eine der zentralen Fragen angesichts der steigenden Erdöl- und Erdgaspreise und der wachsenden Klimaprobleme. Die bisherige EU-Energieforschung sei zu einem großen Teil auf Kernspaltung und vor allem auf die Kernfusion ausgerichtet gewesen. Die Kernfusion könne nach Aussagen aller Kernfusionsforscher frühestens in etwa 50 Jahren einen Beitrag zur Lösung der Energieprobleme liefern. Die Probleme seien jedoch so drängend, dass wesentlich früher Lösungen gebraucht würden. Erneuerbare Energien und nachwachsende Rohstoffe könnten bereits heute einen großen Beitrag zur Lösung der Energieprobleme liefern. Die Potentiale für den Klimaschutz und die Versorgungssicherheit seien bisher nicht ausreichend gewürdigt worden.

Darüber hinaus müsse der Entwicklung von Medikamenten für so genannte vernachlässigte Krankheiten mehr Raum gegeben werden.

Man sehe ferner die Notwendigkeit, die weiten Felder des ökologischen Landbaus, die Möglichkeiten, Produktionssteigerungen mittels veränderter Anbaumethoden voran zu bringen. Die nichttechnischen Bereiche wie die Geistes-, Sozialwissenschaften und Dienstleistungen seien nicht in dem Maße vertreten, wie es gesellschaftlich notwendig wäre.

Von Seiten der **Fraktion der FDP** wird betont, dass man die positive Einschätzung der Kolleginnen und Kollegen, aber auch die vielfältige Kritik an der Bürokratie des Forschungsrahmenprogramms teile.

Es wird die Meinung vertreten, dass man bei der Finanzierung über den deutschen Anteil – 1 Prozent des Bruttoinlandsproduktes – nicht hinausgehen könne; eine Aufstockung sei nur durch Umschichtungen möglich.

Es interessiere, wie erfolgreich das Mobilitätsprogramm gewesen sei. Das Marie-Curie-Programm sei vor dem Hintergrund der nationalen Debatten ein sehr wichtiges Programm.

Die Fraktion der FDP betont die Bedeutung der weiteren Förderung der Kernfusion durch das 7. EU-Forschungsrahmenprogramm. In diesem Zusammenhang interessiere der Stand der Verhandlungen zwischen den Mitgliedstaaten und EURATOM.

Man wolle ferner wissen, wie die EU zukünftig mit dem Faktum umgehen werde, dass es Staaten wie Deutschland gebe, die sich aufgrund ihrer Parlamentsmehrheit aus Programmen heraushalten wollen, weil sie der eigenen Ethik nicht entsprächen.

Abschließend wird gefragt, ob die Kommission im 7. EU-Forschungsrahmenprogramm die Förderung gemeinsamer Großforschungseinrichtungen und Großgeräte plane.

Von Seiten der **Bundesregierung** wird deutlich gemacht, dass man beim Bürokratieabbau vorankommen und sich auch um eine stärkere Beteiligung der Industrie kümmern müsse. Mit Sorge sehe man, dass beim 6. EU-Forschungsrahmenprogramm die Beteiligung der Industrie rückläufig sei. Deshalb sei es besonders wichtig, das Antragsverfahren zu verändern, damit die Beteiligung besser werden könne.

Man sei einverstanden mit einer deutlichen Erhöhung der Forschungsmittel. Deutschland wie auch andere Mitgliedstaaten wollten aber 1 Prozent des Bruttoinlandsproduktes nicht überschreiten. Das Drei-Prozent-Ziel in Europa müsse aber insgesamt erreicht werden.

Wichtig sei, dass man sich bei der inhaltlichen Ausgestaltung des 7. EU-Forschungsrahmenprogramms klar an den in Lissabon vereinbarten Zielen orientiere. Folgende thematische Prioritäten sollten vor diesem Hintergrund gesetzt werden:

- Information und Telekommunikation,
- Lebenswissenschaften, Biotechnologie,
- Nano-, Mikro- und Materialtechnologie,
- Energie und Umwelt.

Bei dem neu vorgeschlagenen Konzept der Technologieplattformen müsse insbesondere die Beteiligung der Industrie erfolgreich organisiert werden. Aus deutscher Sicht sei es auch wichtig, das Thema „Mobilität der Wissenschaftler“ im 7. EU-Forschungsrahmenprogramm zu verankern.

Man sei an einer stärkeren Beteiligung der EU am Aufbau von Forschungsinfrastrukturen interessiert. Es werde aber ein klares, sehr transparentes Verfahren für solche europäischen Konzepte gebraucht. Ein europäisches Schlüsselthema sei, die Grundlagenforschung zu stärken. Bei der Projektförderung wolle man im 7. EU-Forschungsrahmenprogramm versuchen, die Verwaltung der Mittel weitgehend in die Hände der Wissenschaft zu legen. Man müsse darauf achten, auch an dieser Stelle das Kriterium der Exzellenz durchzuhalten. Es gebe zu diesem Thema einen Entwurf der Bundesregierung, der sich derzeit in der Ressortabstimmung befinde.

Richard **Escrutt** (Direktor der Direktion A, Koordinierung der Gemeinschaftsmaßnahmen in der Generaldirektion Forschung der EU-Kommission) antwortet auf die Fragen der Berichterstatterinnen und Berichterstatter der Fraktionen:

Aus seiner Sicht sei die Problematik „Infrastruktur“ und „Großgeräte“ bestes Beispiel, inwieweit bei der EU-Forschungspolitik das Konzept eines europäischen Forschungsraumes Wirklichkeit geworden sei. Noch vor einigen Jahren hatte aus Sicht der nationalen Behörden „Infrastruktur“ ein unbedingt nationales Thema zu sein, das nicht auf europäischer Ebene zu besprechen wäre. In den letzten Jahren sei man immer mehr zu der Auffassung gekommen, dass es doch hilfreich sein könnte, die Möglichkeiten auf europäischer Ebene im Sinne einer strategischen Zielsetzung zu erweitern. Es gebe bereits ein beratendes Gremium, das European Strategic Forum for Research Infrastructures, in dessen Arbeitsgruppen klare Perspektiven für die in der Forschungslandschaft Europas notwendigen Infrastrukturen für Großgeräte vorbereitet würden. Selbstverständlich werde das nur ein Ratschlag sein. Daraufhin sei eine klare Analyse

der Kommission und eine klare politische Entscheidung der zuständigen politischen Instanzen Parlament und Ministerrat notwendig.

Die Kommission werde im nächsten Rahmenprogramm vorschlagen, mit dem europäischen Geld auch die Konstruktion dieser notwendigen Geräte zu unterstützen. Zur Infrastruktur gehörten auch Datenbanken und notwendige Software.

Auf die Fragen zur Grundlagenforschung und zum European Research Council führt Richard Escrutt aus, dass sich ein Neuanfang mit einer neuen Struktur nur lohne, wenn neues Geld vorhanden sei.

Die Form des European Research Council sei derzeit noch nicht sicher. Man sei dabei, den öffentlichen Meinungsaustausch mit den Zuständigen zu führen. Er sehe aber folgende Möglichkeiten:

- eine Durchführungsbehörde, die im Namen der Kommission agieren würde,
- eine eher „free standing“ Behörde,
- eine gemeinsame Institution lt. Artikel 71 des Vertrages.

Wichtig sei, dass diese Struktur möglichst autonom unter der Schirmherrschaft der führenden Wissenschaftler agieren und möglichst „bottom up“ die Themen und besten Projektvorschläge auf Initiative der Forscher identifizieren könne.

Er verstehe die Befürchtung, dass eine Art Parallelstruktur zur Kommission entstehen könnte. Es gebe viele Bereiche im Rahmenprogramm, wo politische Entscheidungen im weitesten Sinne als gemeinsame Entscheidungen der Forschungsgemeinschaft, bestätigt von Rat und Parlament, notwendig seien. Es gebe die Notwendigkeit, dass politische Instanzen festlegen, wie viel Geld notwendig sei. Dies solle aus seiner Sicht immer noch der Hauptverantwortungsbereich der Kommission bleiben. Es gebe aber das Gefühl, dass im Bereich der Grundlagenforschung eine neue Struktur gebraucht werde. Sie sei wichtig, und die endgültige Verantwortung der Kommission für diese Behörden gegenüber dem Parlament, dem Rat und dem Rechnungshof sei unerlässlich.

Die Entbürokratisierung sei ein sehr wichtiges Thema. Der künftige Kommissar Janez Potocznik habe diesen Aspekt in seiner Einführungsrede stark betont.

Auf Initiative seiner Behörde habe man offen mit Vertretern aus den Mitgliedstaaten über die Problematik gesprochen. Der Marimon-Bericht mit den Vorschlägen für verbesserte Klarheit bezüglich des Zwecks und der Definition der Instrumente sei sehr ernst genommen worden. Man führe in Brüssel auch offene Gespräche mit den Vertretern der verschiedenen Interessengruppen aus der Industrie und der Forschungswelt. Derzeit werde ein Aktionsplan unter verschiedenen Schwerpunkten vorbereitet, z. B. um die Kohärenz und die Zuverlässigkeit der Durchführungsregeln zu erhöhen. Es sei festgestellt worden, dass es in der Anfangsphase Unterschiede zwischen den Handlungsweisen der verschiedenen Dienste gegeben habe.

Ein weiterer wichtiger Punkt sei die Transparenz. Im Bewertungsprozess würden die Besten als unabhängige Experten nach Brüssel kommen, um behilflich zu sein, die wirklich exzellenten Projekte auszuwählen. Dies funktioniere gut. Der Direktor eines Max-Planck-Instituts aus Deutsch-

land habe als Unabhängiger das Verfahren als gut, objektiv und zuverlässig bewertet und dass nur die exzellenten Projekte ausgewählt würden.

Die Rückmeldung gegenüber den Antragstellern wird als nicht ausreichend kritisiert. Die Experten, die ihre Glaubwürdigkeit in einen Projektvorschlag investierten, hätten das Recht, informiert zu werden, wie die Qualität des Projektes gegenüber starker Konkurrenz gewesen sei.

Ein weiteres Beispiel für Verbesserungen sei die strenge Lenkung des Auswahlverfahrens. So habe man eine klare Zeitvorgabe, Zielsetzung der Forschungsprojekte und die Gewähr, dass die Steuergelder der europäischen Steuerzahler korrekt genutzt würden. Das erfordere ein notwendiges Minimum an Klarheit in der Gestaltung der Verträge. Es werde ein Minimum an Zeit gebraucht, und es müsse ein Minimum an Regeln geben, wie öffentliches Geld von der Kommission genutzt werden solle. Die Tatsache, dass es eine hohe Überzeichnungsrage auch bei exzellenten Projekten gebe, sehe er als Zeichen des hohen Interesses.

Richard Escritt ist sicher, dass alle Aspekte der Nachhaltigkeit erneuerbarer Rohstoffe im zukünftigen Programm enthalten sein werden. Im Bereich der erneuerbaren Energien sei bereits viel erreicht worden. Er verweist auf die Windenergie. In vielen Fällen sehe er die Hauptproblematik nicht so sehr in den Forschungsaspekten, sondern in den Marktaspekten und den hohen Kosten. Es sei durchaus denkbar, dass die Wasserstoffenergie ein wichtiger Bereich in der Zukunft sein könnte.

Er wisse nicht, wie viel Geld seine Generaldirektion erhalten werde. Er glaube, dass der zukünftige Kommissar Janez Potocznik mit einer sehr schwierigen finanziellen Frage konfrontiert sein werde, wenn möglicherweise zu wenig Geld vorhanden wäre, eine nicht ausreichende kritische Masse, um einen European Research Council zu beginnen oder einige gemeinsame Technologie-Initiativen einzuführen. Auch die Infrastruktur und die Koordinierungsaktionen benötigten zusätzliches Geld, aber es wäre aus seiner Sicht schade, wenn man nicht in der Lage sei, mit ausreichend zusätzlichem Geld solche Initiativen im Grundlagenforschungs- und gezieltem Bereich im Interesse der Industrie zu lenken.

Richard Escritt betont, dass die Kommission im heiklen Bereich der Stammzellforschung keine Befugnis einer Rechtsetzung habe. Sie habe sich bemüht, die allgemein anerkannte Richtlinie für die Unterstützung der Forschungsprojekte in einem solchen Bereich zu identifizieren und zu rechtfertigen.

Hauptprinzipien wären die Ablehnung

- menschlichen Klonens,
- der Änderung vererbaren Erbguts,

- der künstlichen Schöpfung von Embryonen für Forschungszwecke.

Es sei für die Kommission auch prinzipiell wichtig, dass für jeden Projektvorschlag, der in diesem Bereich gemacht worden sei, eine zusätzliche Fachmeinung zur ethischen Bewertung des Projektes eingeholt werde.

Die Kommission werde kein Projekt in einem Bereich genehmigen, wenn dessen Durchführung nicht mit der rechtlichen Ordnung in dem Land, in dem das Projekt stattfindet, übereinstimme. Es gebe keine Unterstützung aus Brüssel für eine widerrechtliche Projektdurchführung.

Man sei zurückhaltend im Umgang mit dem Mittelstand. Der Kommission sei bewusst, dass er oft nicht in der Lage sei, auf zu großen Bürokratismus zu reagieren.

Er begrüßt den Vorschlag, geeignete nationale Behörden einzusetzen, um diesen sensiblen und wichtigen Unternehmen an Ort und Stelle die notwendige Unterstützung zu geben.

Man müsste auch auf die verschiedenen Gruppen der KMU achten. Allen müssten die Möglichkeiten angeboten werden, sich an exzellenten europäischen Projekten zu beteiligen. Aber es gebe einige Unternehmen, die zu viel wagten, indem sie sich ohne die entsprechenden Ressourcen bemühten, den Wettbewerb mitzumachen. Seine Kommission sei bemüht, durch Vereinfachung der Zugangsmöglichkeiten die Teilnahmemöglichkeiten der KMU zu verbessern.

Hinsichtlich der angesprochenen hohen Agrarsubventionen sei man dabei, das sog. Strategic Committee in Agriculture Research zu erneuern, damit man Fachkenntnisse direkt halte.

Was die Mobilität der Forscher und Wissenschaftler angehe, macht Richard Escritt deutlich, dass alle Aktivitäten der Kommission darauf gerichtet wären, die Forschungslandschaft Europa zu verbessern. Auch wenn die Mittel für das Marie-Curie-Programm (ca. 70 Prozent im aktuellen Rahmenprogramm) erhöht worden seien, sei eine weitere Erhöhung im 7. Rahmenprogramm durchaus denkbar und notwendig.

Für Anfang des Jahres 2005 sei geplant, in einer Charta für Forscher zu regeln, wie man die Karrieremöglichkeiten und Perspektiven für Forscher innerhalb Europas besser gestalten könne.

Die Zielsetzung der Kernfusion sei eine langfristige. Wissenschaftlich gesehen sei diese von großer Bedeutung, weil die Kernfusion auf lange Sicht eine sichere Technik sei, der verfügbare erneuerbare Rohstoff Wasser reichlich vorhanden wäre und sie auch aus der Perspektive der Abfallentsorgung von großer Bedeutung sei.

Die Atomenergie sei immer noch eine Hauptzielsetzung der Forschung auf europäischer Ebene für die Gewährleistung der Energieversorgungssicherheit in Europa.

Berlin, den 20. Januar 2005

Andrea Wicklein
Berichterstatlerin

Helge Braun
Berichterstatter

Hans-Josef Fell
Berichterstatter

Ulrike Flach
Berichterstatlerin

